

Flüchtlinge

# Wir brauchen Hilfe, keine Deals und Populismus

&gt; Anja Stahmann

Nach wie vor kommen Flüchtlinge aller Altersgruppen nach Deutschland, auch nach Bremen. Von Januar bis Mitte August 2015 sind fast 3.500 Erwachsene und Kinder bei uns angekommen – weit mehr als im ganzen Jahr 2014. Darüber hinaus hat Bremen in diesem Jahr schon mehr als 800 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufgenommen.

Wir haben die Wohnplätze in den letzten drei Jahren gewaltig aufgestockt. 2011 hatten wir drei Übergangwohnheime, Ende dieses Jahres nähern wir uns den 30. Auch die Plätze für Jugendliche ohne Eltern sind um ein Vielfaches aufgestockt und ausgeweitet worden. Die Jugendhilfeträger und Wohlfahrtsverbände planen und organisieren unter hohem Druck. Auch in Bremen müssen wir mittlerweile Menschen in Zelten und vielleicht bald in Turnhallen unterbringen. Und das, obwohl wir vorgesorgt haben – stärker als das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge empfohlen hat. Als dieses für 2015 bundesweit 450.000 Zugänge prognostiziert hat, sind wir schon von deutlich höheren Zahlen ausgegangen. Jetzt wurde die Prognose aber auf bis zu 800.000 Personen erhöht.

Diese Herausforderung können Kommunen und Länder nicht allein bewältigen. Wir brauchen viel mehr Hilfe als bisher vom Bund. Da hilft eine dauerhafte Beteiligung an den Unterbringungskosten. Es würde aber auch helfen, endlich das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen. Das wäre ohnehin aus Respekt vor den Geflüchteten geboten. Es würde aber auch die Kommunen entlas-

ten, wenn die Betroffenen direkt in Leistungsbezug nach Sozialgesetzbuch kommen würden – mit entsprechender Beteiligung des Bundes. Für mehr Geld sollten die Länder aber nicht ihre (grüne) Seele verkaufen. Verhandlungspaketen, die die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten beinhalten, wird Bremen nicht zustimmen. Jetzt ist nicht die Zeit für windige Deals!

Was wir ganz und gar nicht brauchen können, sind populistische Forderungen, die Leistungen für und die Rechte von Asylsuchenden weiter zu beschränken. Kürzungen beim Taschengeld verstoßen gegen das Grundgesetz und werden niemanden davon abhalten, vor Krieg und Folter zu fliehen. Sonderlager für Flüchtlinge vom Balkan wird es in Bremen nicht geben. Wer Schutzsuchende unter Generalverdacht stellt, macht sich mitschuldig am Anstieg fremdenfeindlicher Straftaten.

Die Unterbringung und Integration von Geflüchteten ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Wir brauchen das Engagement von Ländern, Kommunen und Bevölkerung, die finanzielle Unterstützung des Bundes und einen politischen Diskurs, der die Menschenwürde und das Grundrecht auf Asyl achtet.

> Anja Stahmann (Grüne) ist Senatorin für Soziales, Frauen, Jugend, Integration und Sport der Freien Hansestadt Bremen.



Foto: Freie Hansestadt Bremen